

Tagung Denknetz 26.6.04

Eröffnungsbeitrag

Die erste Tagung des neu gestarteten Denknetzes gegen die neue Ungleichheit hätte nicht besser geplant werden können: Sie kommt exakt zur rechten Zeit. Noch immer befinden wir uns mitten im Zyklus neoliberaler Ideologien und der dadurch verursachten sozialen, materiellen und ideellen Verheerungen. Weltweit, in Europa, selbst das neue Verfassungsprojekt ist nicht frei davon, und in der Schweiz. Der Neoliberalismus steht für die soziale Ungleichheit, für die Zerstörung sozialer Errungenschaften.

Aber noch kaum ein Monat ist verstrichen, seit es in unserem Land zu zwei Abstimmungsentscheiden kam, die quer zu dieser Ideologie stehen. Das Nein zum Steuerpaket war nicht nur ein Nein zu Steuervorteilen für die höheren Einkommen und zur Bereicherung der Reichen, sondern auch das Bekenntnis zu einem funktionierenden Leistungsstaat für alle. Und die Schlappe der 11. AHV-Revision war nicht nur das Nein zum Sozialabbau, sondern auch ein Bekenntnis zum Solidaritätswerk AHV als Herzstück des Sozialstaats. Einer Sozialversicherung mit tendenziell gleichen Leistungen für alle, aber der vollen Beitragspflicht für alle, auch der hohen und der höchsten Einkommen. Die Entscheide vom 16. Mai weisen in ihrer Bedeutung über den unmittelbaren Gegenstand weit hinaus. Es sind Entscheide mit Sprengkraft; deshalb stechen sie aus der Agenda des Alltags hervor. - Wenn die Wirtschaftsverbände, und wenn sich Avenir Suisse, der Think-Tank der Reichen und für die Interessen der Reichen, die ja bei der AHV-Abstimmung den Bundesrat, alle bürgerlichen Parteien und fast die gesamten Medien auf ihrer Seite

hatten, so über Volksentscheide zu beklagen beginnen und der Bevölkerung Reformunfähigkeit vorwerfen, wie wir das in den letzten Wochen erlebt haben, dann ist machtpolitisch ein kardinaler Punkt erreicht. Sofern die Linke, sofern die Gewerkschaften in der Lage sind, die Probleme und die Entwicklungen zu analysieren und zu benennen, und die Ziele und die Herausforderungen nicht nur defensiv, sondern auch nach vorne, offensiv zu formulieren.

Um die gesellschaftliche und die politische Entwicklung voranzutreiben, braucht es soziale Bewegungen. Aber die sozialen Bewegungen brauchen ihrerseits Intellektuelle, benötigen das kritische Denken. Das Nachdenken darüber, was sich im neuen Kapitalismus, was sich im Verhältnis von Arbeit und Kapital, verändert hat, was der „neue Geist des Kapitalismus“ bedeutet. Und woraus die „feinen (und die weniger feinen) Unterschiede“ bestehen, die die Gesellschaft strukturieren. Und es braucht die kritische, auch selbstkritische, Reflexion der Ziele, der Strategien, der nötigen sozialen Reformen. Denn die Frage ist ja entgegen derzeit häufig medial verbreiteten Dummheiten nicht, ob es Reformen braucht. Die Frage ist, welche Reformen? Die Frage ist: Reformen für wen? Sind es neoliberale, antisoziale Reformen oder sind es umgekehrt soziale Reformen.

Die Idee der Gleichheit steht zusammen mit derjenigen der Freiheit am Ausgangspunkt der Demokratie. Sie war – und ist – ein äusserst wirkungsmächtiges Prinzip. Um mit Max Horkheimer zu sprechen, sollen „die Ungleichheiten in den Lebensbedingungen“ der Menschen „wenigstens nur so gross“ sein, wie es „auf der gegebenen Stufe der Entwicklung unvermeidlich ist. Das ist der allgemeine Inhalt des Gerechtigkeitsbegriffs; nach ihm bedarf die jeweils herrschende soziale

Ungleichheit rationaler Begründung. Sie hört auf, als gut zu gelten, und wird etwas, das überwunden werden soll. – Dieses Prinzip zum allgemeinen gemacht zu haben, ist eine Leistung der neuen Zeit.“. – Es ist somit ein entscheidender Unterschied, ob die soziale Ungleichheit rechtfertigungsbedürftig ist, als etwas gilt, das überwunden werden soll, oder ob sozialstaatliche Errungenschaften wie im herrschenden neoliberalen Diskurs als angebliche „Privilegien“ denunziert werden.

Die leitenden gesellschaftlichen Vorstellungen prägen die zentralen gesellschaftlichen Institutionen und die Entwicklung der Gesellschaft. Ob tendenziell egalitäre Institutionen wie die AHV oder das öffentliche Bildungswesen, beginnend bei der Volksschule, oder der Service Public im Bereiche der Grunddienstleistungen gestärkt oder geschwächt werden, entscheidet sich an den Ideen der Gleichheit, der Chancengleichheit, der sozialen Gerechtigkeit. Die Gleichstellung der Geschlechter orientiert sich an keiner andern Leitvorstellung als derjenigen gleicher Rechte. Und die Fragen sind existenziell bis hin zur Frage des Lebens im biologischen Sinne: Denn es gibt eine grosse Ungleichheit vor der Lebenserwartung, der Gesundheit und dem Tod. Die Invalidität ist sozial nicht neutral. Das Gesundheitswesen ist wie das Bildungswesen ein zentrales Feld sozialer – oder unsozialer – Entscheidungen, die die Gesellschaftsentwicklung als ganzes prägen.

Politische Veränderungen speisen sich aus kollektivem und individuellem Empörungsvermögen. Dieses Empörungsvermögen ist hinwiederum eng an politische Gerechtigkeitsvorstellungen gebunden.

Wir leben in einer Zeit, in der es wieder darauf ankommt, welche Leitvorstellungen die Gesellschaftsentwicklung prägen. Die

Entscheidungen, die heute eingeleitet, zugelassen oder verhindert werden, beeinflussen die Entwicklung für Jahrzehnte. Wenn diese Tagung hilft, das Denken zu schärfen, die entscheidenden Fragen und Entwicklungen zu erkennen und zu benennen, dann hat sie einen wichtigen Beitrag geleistet.

Paul Rechsteiner